

Stellungnahme des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung zum Bericht der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien

57. Sitzung, 27.04.2016 - Bericht der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), BT-Drs. 18/8050

Die Stellungnahme der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zeigt, wie innovatives Recht der 1990er Jahre und innovativer Umgang mit dem Erbe einer Diktatur in der Zeit direkt nach dieser Diktatur in praktisches Recht des Alltags nach der direkten Aufarbeitungsphase umgesetzt werden kann. Dabei weist die Konzeption der Expertenkommission der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb Rollen und Aufgaben zu, zu denen ich hier Stellung nehmen möchte.

1. Sicherung des Aktenbestands durch Einbindung in die Strukturen des Bundesarchivs

Der BStU verdankt seine Entstehung bürgerrechtlichem Engagement. Seine Geschichte und die Geschichte der Öffnung der Stasi-Unterlagen sind Erfolgsgeschichten, die international als beispielhaft gelten – insbesondere in jenen Ländern, die Diktaturen zu bewältigen haben. Die Öffentlichkeit sollte weiterhin Zugang zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes haben, insoweit begrüßt die bpb die Übergabe der Unterlagen an das Bundesarchiv und erwartet eine entsprechende archivrechtliche Regelung zum Zugang zu den Akten.

2. Ordnungspolitische Zurückhaltung hinsichtlich der Mitgliedschaft des/der Bundesbeauftragten neuen Zuschnitts im Wissenschaftlichen Beirat der bpb

Der Vorschlag der Expertenkommission, den Bundesbeauftragten neuen Zuschnitts in den Beirat der bpb zu versetzen, könnte aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten zu Irritationen führen. Die bpb spricht sich aus folgenden Gründen dezidiert gegen diesen Vorschlag aus:

Die Tätigkeit der bpb wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet (Paragraf 5 des bpb-Erlasses). Ihm gehören zwölf sachverständige Personen an, welche die wissenschaftlichen Standards und die wissenschaftliche Ausgewogenheit der bpb-Arbeit begutachten. Die didaktischen Grundlagen der politischen Bildungsarbeit sind 1976 im „Beutelsbacher Konsens“ formuliert worden. Sie enthalten die Leitgedanken der politischen Bildung und sind zugleich wichtiges Qualitätskriterium. Entscheidende Punkte sind das Überwältigungsverbot (keine Indoktrination), die Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik sowie die Befähigung der Unterrichteten, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren. Damit wird festgehalten, dass Kontroversen in Wissenschaft und Politik sich auch in der politischen Bildung widerspiegeln müssen.

Der/die zukünftige Beauftragte/r hat jedoch andere Aufgaben, er/sie soll „Probleme und Notwendigkeiten benennen, die Anliegen der Opfer bündeln und in den politischen Prozess einspeisen“ (S. 10). Er/Sie wäre qua Amt „Ombudsmann der Opfer“ bzw. „Lobbyist für die Opfer“ sowie „Berichterstatte(r) für den Bundestag über den Stand der Aufarbeitung“ (Berliner Zeitung, 13.4.2016). Diese Funktion kollidiert mit den Prinzipien des Beutelsbacher

Konsenses wie auch den Kriterien der Wissenschaftlichkeit, dem die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats der bpb verpflichtet ist.

Auch wäre bei einer Aufnahme des/der Beauftragten nur schwerlich zu argumentieren, warum andere Beauftragte/n der Bundesregierung (z.B. Wehrbeauftragter) nicht ebenfalls zu Mitgliedern ernannt werden sollen. Dieser Dominoeffekt wäre für den Anspruch des Gremiums und die überparteiliche, wissenschaftliche Arbeit der bpb kontraproduktiv.

3. Beibehaltung einer dezentralen und pluralen Akteurslandschaft

Die bpb begrüßt das im Bericht an verschiedenen Stellen unterstrichene Bekenntnis zur Beibehaltung und Förderung einer dezentralen Akteurslandschaft. Eine demokratische Erinnerungskultur braucht keine Zentralorgane staatlicher Erinnerung, sondern ein plurales, vielfältiges und dezentrales Geflecht von Trägern, die auch finanziell angemessen ausgestattet sein müssen. Vor diesem Hintergrund ist die Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Initiativen auf dem Gebiet der DDR-Aufarbeitung außerordentlich wünschenswert.

Aus Sicht der bpb ist jedoch erwähnenswert, dass die Stellungnahme der Expertenkommission die hier bestehenden Ansätze unverbunden nebeneinander stehen lässt: So wird historisch-politische Bildung nur im Zusammenhang mit den BStU-Außenstellen erwähnt; im Detail bezieht sich das Papier nur auf die „bisher von den BStU-Außenstellen geleistete politisch-historische Bildung“ (S. 7). Unklar bleibt, ob damit die eigenen Veranstaltungen des BStU, die Kooperationsveranstaltungen mit Initiativen und Verbänden oder alle Veranstaltungsformen gemeint sind, die von BStU-Außenstellen angeboten werden. Die bislang dafür eingesetzten Mittel sind äußerst begrenzt: Jede Außenstelle hatte in den vergangenen Jahren dafür nur einen geringen Etat (teilweise niedrige vierstellige Summen) zur Verfügung. Alle Außenstellen sind daher vermutlich in ihrem Programmangebot ausgedünnt und auf Kooperationspartner angewiesen. Bisher waren das in erster Linie die Landeszentralen oder die Landesbeauftragten; die Erwähnung der bpb als zukünftige Beteiligte in diesem Kontext überrascht daher.

Dennoch sieht die bpb auch Potenziale in diesem Ansatz: So wäre vorstellbar, im Rahmen des bpb-Förderprogramms und in Abstimmung mit anderen Förderinstitutionen wie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien / BKM eine Förderlinie für Projekte und/oder Bildungsträger einzurichten, die sich der DDR-Aufarbeitung widmen. Im Fokus stünden innovative Vorhaben und Bildungsprojekte für die ehemaligen BStU-Außenstellen, aber auch den Ort Normannenstraße und Schulen. Ziel könnte es sein, die Aspekte Diktaturüberwindung, Zivilcourage, Geheimdienstkontrolle zeitgemäß – das heißt mit Multimediaprogrammen, Zeitzeugen und Gegenwartsankern – umzusetzen. Hierfür müssten der bpb allerdings zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Unklar und unerwähnt bleiben die Rolle und der Verbleib des Fachbereichs Politische Bildung (BF3) der BStU. Dieser Fachbereich besteht aus mehreren Gebieten, etwa dem, das die Wanderausstellung betreut, und jenem, das die Materialien für die politisch-bildnerische Arbeit bereitstellt, Lehrer schult und konkret mit Schülergruppen arbeitet. Dieser Fachbereich hatte lange Zeit auch eine Zuständigkeit für die politische Bildungsarbeit der Außenstellen des BStU. Inwieweit diese Zusammenhänge noch bestehen, wird nicht dargelegt. Ob dieser Fachbereich dem neu zu gründenden Forschungsinstitut zugeschlagen werden soll oder dem Bundesarchiv, bleibt ebenfalls unklar. Alternativ überlegenswert könnte auch hier eine Kopplung mit der bpb im Rahmen eines erweiterten Bildungsauftrags sein.

4. Historisch-politische Aufklärung braucht Aufarbeitung und historisch-politische Bildung

Umfassende historisch-politische Aufklärung zielt auf historische, politische, juristische, gesellschaftliche und individuelle Aufarbeitung und Reflexion. Aufarbeitung und historisch-politische Bildung bedingen sich gegenseitig und haben große Schnittstellen. Dennoch unterscheiden sich die Anliegen der Aufarbeitung und die Anliegen der historisch-politischen Bildung an zentralen Punkten. Ziel der historisch-politischen Bildung ist es, die Herausbildung eines kritischen Geschichtsbewusstseins als Ressource für demokratisches Handeln zu unterstützen. Sie ist dem Beutelsbacher Konsens verpflichtet. Die Interessen der Aufarbeitung, des Ins-Recht-Setzens der Betroffenen und der Rehabilitierung der Opfer des Staatssicherheitsdienstes, entfalten dagegen einen geschichtspolitischen Anspruch. Entsprechend können sich Qualitätsstandards politischer Bildungsarbeit und der Aufarbeitungsanliegen erheblich unterscheiden. Hier begegnen sich anspruchlich und fachlich getrennte Welten.

Der Bericht stellt keine Klarheit darüber her, wie sich die Akteure (aktuelle und neu zu gründende) zueinander verhalten, wo es Schnittstellen im Aufgabenprofil und wo es Unterschiede gibt; so werden etwa die bpb und die Stiftung Aufarbeitung trotz ihrer unterschiedlichen Aufträge für denselben Aufgabenbereich in Betracht gezogen, ohne dass näher definiert würde, welche Intentionen damit verfolgt werden. So würde etwa die politische Bildung den Alltag in der DDR, die Angepasstheit des Einzelnen, die unterschiedlichen Arten der Druckausübung auf verschiedenen Wegen (in Betrieben, in der Gewerkschaft, in Schulen, in Blockparteien), aber auch die Verführungskraft von Diktaturen unter einem Blickwinkel sehen, der die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durchaus auch überwiegen kann. Auch im Sinne der Multiperspektivität sollte bei möglichen Projektförderungen der thematische Bezug aus Sicht der politischen Bildung weiter gefasst werden können und darüber hinaus Vergleichsperspektiven zu Entwicklungen in der Gegenwart möglich sein.

5. Gegenwartsbezug und Einbettung in die Aufarbeitung von Diktaturerfahrungen

Historisch-politische Bildungsarbeit zur DDR muss einen Bezug in die Gegenwart haben. Gerade bei jungen Menschen sind „Gegenwartsanker“ essenziell, um Interesse zu wecken. Bildungsarbeit, die einer rein musealen Vergangenheitsdarstellung verhaftet bleibt, ist nicht zeitgemäß. Erfolgversprechender ist es, Jugendliche und junge Erwachsene mit altersgemäßen Themen und Medien direkt anzusprechen. Exemplarisch soll an dieser Stelle das Ergebnis der Sinus-Jugendstudie 2016 zitiert werden, in welcher im Auftrag der bpb auch Geschichtsbildern und historischen Wissen von Jugendlichen untersucht wurden:

„‘Geschichte‘ wird lebensweltübergreifend meist mit negativ besetzten historischen Ereignissen (der deutschen Vergangenheit) verbunden (...). Dieses Thema finden sehr viele Jugendliche interessant, aber nur in den bildungsnahen Lebenswelten setzt man sich detaillierter damit auseinander. Junge Menschen aus bildungsfernen Lebenswelten sind wenig über geschichtliche Themen informiert und sehen historisches Wissen meist nicht als besonders wichtig an. (...) Alle Jugendlichen sind sich aber einig, dass man aus den negativen Ereignissen der Vergangenheit lernen sollte, damit sie sich nicht wiederholen. Ein großer Teil der Jugendlichen wünscht sich einen lebendigeren Geschichtsunterricht, der sich vor allem auch auf aktuelle Ereignisse beziehen sollte. Das Interesse an historischen Themen kann geweckt werden, wenn man die Handlungen und Gefühle der beteiligten Menschen in der jeweiligen Zeit nachvollziehen kann. Deshalb haben Berichte von Zeitzeugen eine hohe Authentizität und machen Geschichte spannend und erlebbar. Die meisten Jugendlichen besuchen historische Stätten im Rahmen von Schulausflügen, nur

Jugendliche bildungsnaher Lebenswelten berichten von entsprechenden Ausflügen im familiären Umfeld. Bildungsferne Jugendliche können Gedenkstätten und ihren Stellenwert meist nicht richtig einordnen.“ (Sinus Jugendstudie 2016)

Doch es geht um mehr: Überparteiliche politische Bildung kann deutlich machen, worin sich eine offene, Konflikte austragende, demokratische, europäische Zivilgesellschaft von einer geradezu stillgelegten, bis in Lebensdetails von der Staatspartei geprägten Gesellschaft unterscheidet, der es vor allem an Öffentlichkeit und öffentlichen Debatten mangelte. Es gilt, Hilfestellungen zur kritischen Bewältigung der Gegenwart zu leisten, es geht wie stets in der politischen Bildung um demokratische Ermächtigung und um Partizipation. Um dem Schwinden von demokratischer Partizipation entgegenzuwirken, muss Politik aktiver erlebbar und empathischer gestaltet werden. Eine rein kognitive Wissensvermittlung über Demokratie und ihre Institutionen ist dagegen nicht zeitgemäß.

Insbesondere die Beispiele der DDR- und Stasi-Aufarbeitung adressieren die dringende Frage der demokratischen Kontrolle von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten als akutes und aktuelles Thema der politischen Bildung. Einen „Gegenwartsanker“ bieten die Diskussionen über Chancen und Risiken von „Big Data“: Hierbei kann die Staatssicherheit als mahnendes Beispiel für ein sich verselbstständigtes Geheimpolizeiwesen herangezogen werden und hinsichtlich der Rolle und De-/Legitimität von Datenspeicherung durch Geheimdienste zur Reflexion anregen. Weitere Gegenwartsbezüge lassen sich in der Reflexion aktueller Tendenzen zur Re-Autoritarisierung in post-sozialistischen Transformationsgesellschaften erkennen.

6. Innovations- und Modernisierungspotenziale

Innovations- und Modernisierungspotenziale für die Erinnerungsarbeit, die mit einer Neustrukturierung der BStU erschlossen werden könnten, werden im Bericht trotz Handlungsbedarfs nicht angesprochen. Die historisch-politische Bildung befindet sich gegenwärtig in einem Umbruch. Daher arbeitet die bpb kontinuierlich an der Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte; innovative Ergebnisse – wie etwa Apps und multimediale Online-Dossiers –, die teilweise auch in der Zusammenarbeit mit Landeszentralen, Gedenkstätten, Hochschulen, Universitäten und Trägern der politischen Bildung entstanden beziehungsweise erprobt sind, liegen bereits vor und werden rege genutzt. Dieser Innovationsprozess greift aktuelle politische, gesellschaftliche, technische Veränderungen und Entwicklungen auf, aber er erwächst auch aus den überlieferten Konzepten der historisch-politischen Bildung selbst.

Hier geht es maßgeblich um eine **konzeptionelle Modernisierung** auch der historisch-politischen Bildungsarbeit; dies betrifft auch DDR-Themen. Die Erinnerungsarbeit muss sich kontinuierlich **neue Arbeitsformen** erschließen. Die medialen Nutzungsgewohnheiten der jüngeren Generationen, das Internet und die neuen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters sind Entwicklungen, die sich die politische Bildung zu Eigen gemacht hat. Neue Zugänge zum historischen Lernen und neue Formate wurden und werden entwickelt, um den künftigen Herausforderungen gerecht zu werden. Anforderungen nach schneller und fundierter Information wachsen: Mit Bildungsangeboten und speziellen Online-Produkten werden aktuelle gesellschaftliche sowie politische Ereignisse und Debatten aufgegriffen.

Es geht um neue Probleme, wie etwa die wachsende **zeitliche Distanz** zu den historischen Ereignissen oder das Sterben der Zeitzeugen, deren Schilderungen bislang zum Kern der deutschen Erinnerungskultur und -politik hinsichtlich beider Diktaturen gehörten.

Die Debatten um die historische Erinnerung werden zunehmend aus **europäischer und internationaler Perspektive** geführt. Die europäische Integration machte die Grenzen durchlässig, die Bürger/-innen werden mobiler. Es begegnen sich häufig Narrative sehr unterschiedlicher nationaler Herkunft. Als Anforderung an die historisch-politische Bildung formuliert, bedeutet dies, Konzepte zu entwickeln, welche die unterschiedlichen Überlieferungen aufnehmen und miteinander verbinden. Nicht nur für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit wird es aufgrund der Historisierungs- und Globalisierungsprozesse immer wichtiger, zeitgeschichtliche Epochen in der vergleichenden Gesamtschau zu behandeln. Die Perspektiverweiterung ist für die Vermittlung in einer pluralen und europäisierten Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

Wie alle europäischen Gesellschaften ist Deutschland von **Migrationsprozessen** geprägt. Sie verlangen neue Sichtweisen auf historische Ereignisse, auf die eigenen Erkenntnisse - Gewissheiten und Perspektiven müssen neu erklärt werden. Auch das ist eine der Forderungen an die überparteiliche politische Bildung hinsichtlich der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.

7. Deutsche Nachkriegsgeschichte in Ost und West stärker als Teil der gemeinsamen Geschichte begreifen

Der Abschlussbericht der Expertenkommission enthält einen wesentlichen Hinweis, der eindeutigen Bezug zu den Materialien der bpb hat und inhaltlich außerordentlich zu begrüßen ist. Es sei darauf hinzuwirken, dass „die deutsche Nachkriegsgeschichte in Ost und West stärker als Teil der gemeinsamen Geschichte wahrgenommen wird“ und hierin „grundsätzlich eine der künftigen Herausforderungen der politisch-historischen Bildung“ liege (S. 7). Aus Sicht der bpb ist die Vermittlung einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte in der Bildungsarbeit unabdingbar. Ein gemeinsames, gesamtdeutsches Geschichtsbild wird die ost- und westdeutschen Teilgeschichten aufeinander beziehen und miteinander ins Gespräch bringen können. Es wird die Bedingungen der westeuropäischen Prosperität (Kalter Krieg, europäische Integration, NATO) ebenso ins Bild setzen wie die Umstände der mittelosteuropäischen Stagnation (Kalter Krieg, Ostintegration, Abschottung, Militarisierung).

Politische Bildung kann Brücken bauen und Brüche erklären. Eine gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte, die dem permanenten Diskurs unterworfen ist und aufklärend auf die beiden sehr unterschiedlichen deutschen Diktaturen im europäischen Kontext des 20. Jahrhunderts blickt, wird nachhaltig zur demokratischen Zivilgesellschaft beitragen und Empathie für die Demokratie wecken. Nicht immer ist die Geschichte der DDR auch Teil des kollektiven Gedächtnisses der westdeutschen Bevölkerung. Zugleich gibt es in manchen - meist ehemals eher systemnahen - Kreisen in Ostdeutschland viele, die das verbrecherische NS-Regime bis heute nicht als Teil der eigenen deutschen Vorgeschichte akzeptieren wollen oder können. Historiker/-innen arbeiten weiterhin an einer gesamtdeutschen Erzählung, die nach wie vor zerstückelt ist in die Geschichte zweier deutscher Diktaturen. Historisch-politische Bildung muss diese Diskrepanz aufzulösen helfen. Wichtiges Anliegen ist es, insbesondere auch junge Menschen, welche die Zeit der deutschen Teilung selbst nicht erlebt haben, für das Thema zu interessieren, um durch die Herstellung historischer Bezüge das Bewusstsein für Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zu stärken. MfS-Akten bezeugen in hohem Maße Zivilcourage, indem sie auch zeigen, unter welchem Druck Menschen sich nicht beugten beziehungsweise Zusammenarbeit verweigert haben. Insofern ist das Stasi-Unterlagen-Archiv auch als eines der weltweit umfassendsten Archive für dokumentierte, beispielhafte Zivilcourage zu begreifen.